

Parlamentarischer Vorstoss

2025/409

Geschäftstyp:	Motion
Titel:	Gleich lange Spiesse im Bildungswesen – Schulische Ausbildung dem Ferienstandard der Berufslehre angleichen
Urheber/in:	Silvia Lerch
Zuständig:	—
Mitunterzeichnet von:	Blatter, Scherrer
Eingereicht am:	11. September 2025
Dringlichkeit:	—

Das duale Bildungssystem ist das Rückgrat unserer Wirtschaft. Es verbindet Theorie und Praxis, fördert Eigenverantwortung, Leistungsbereitschaft und eröffnet jungen Menschen tragfähige Karrierewege – vom Handwerk bis ins Management.

Gleichzeitig ist eine Schieflage zu beobachten: Während Lernende in der Berufslehre rund fünf Wochen Ferien haben, geniessen Jugendliche an weiterführenden Schulen – Gymnasien, WMS, FMS – bis zu 14 Wochen schulfreie Zeit. Diese massive Differenz ist sachlich nicht zu rechtfertigen. Denn auch schulische Ausbildungsformen dienen der beruflichen Vorbereitung. Ein Missstand, der inzwischen gesellschaftlich und politisch immer häufiger aufgegriffen und debattiert wird – auch im Basbieter Landrat. Fast die Hälfte der Schüler entschieden sich für die Aufnahme einer schulischen Ausbildung an der WMS, weil es dort mehr Ferien gibt. Eine Zahl, die zum Nachdenken anregen sollte.

Was in der Wirtschaft unter dem Prinzip «Gleichbehandlung» selbstverständlich ist, muss auch im Bildungsbereich gelten: Gleich lange Spiesse für alle Ausbildungswege. Der Staat darf nicht länger einseitig schulische Ausbildungsformen privilegieren, indem er deutlich mehr Ferien finanziert, während die duale Lehre wiederum auf betriebliche Disziplin und Leistungsbereitschaft baut.

Das bestehende Ungleichgewicht verschärft durch eine Verlagerung vom Berufsbildungsweg hin zu vollschulischen Wegen darüber hinaus bestehende Probleme: Immer mehr Jugendliche wählen das Gymnasium oder Mittelschulmodelle nicht aus Leistungs- oder Fähigkeitsgründen, sondern aus Bequemlichkeit – mit langen Ferien und weniger Präsenzzeit. Gleichzeitig fehlen unseren KMU in vielen Bereichen die nötigen Fachkräfte.

Diese Entwicklung ist gesellschaftspolitisch, wirtschaftlich und bildungspolitisch kontraproduktiv. Es bedarf daher einer klaren, gerechten und zukunftsfähigen Korrektur.

Die schulfreien Tage sollten vordergründig mit Praktika, sozialen Diensten, Selbststudien oder Hilfs- und Assistenzarbeiten belegt werden, um die jetzige Ferienstruktur nicht zu belasten.

Der Regierungsrat wird entsprechend beauftragt, dem Landrat eine Vorlage zu unterbreiten, die folgende Punkte sicherstellt:

1. Ferienangleichung an das Niveau der Berufslehre

Die Ferienregelung an weiterführenden Schulen (Gymnasien, WMS, FMS etc.) ist auf maximal 8 Wochen pro Jahr zu reduzieren. Damit soll die schulische Ausbildung mit dem Ferienstandard der dualen Lehre in Einklang gebracht werden. Eine Ausweitung der Ferien in der Berufslehre ist ausdrücklich nicht vorgesehen.

2. Verankerung gleicher Rahmenbedingungen im Bildungswesen

Sämtliche Bildungsinstitutionen auf Sekundarstufe II sollen vergleichbare Präsenzzeiten und organisatorische Anforderungen sicherstellen. Ziel ist es, die Ausbildungsformen gleichwertig, aber nicht einseitig privilegiert auszugestalten.